

II- 1452 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

9. Juli 1971

Präs.:

No. 773/2

Anfrage

der Abgeordneten Dr. HALDER
und Genossen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Verwirklichung der Vorschläge der Verwaltungsreform-
kommission.

Die Verwaltungsreformkommission hat in ihrem Bericht an die
Bundesregierung vom Dezember 1970, den die Bundesregierung am
23. April 1971 dem Nationalrat zugeleitet hat, folgende Vorschläge
zur Reform der Verwaltung in ihrem Ressortbereich erstattet:

Abschluß der unter „Bisherige Ergebnisse“ erwähnten Aktionen zur Zusammenfassung der Dienststellen, zur Verbesserung der Diensteinteilung und zur Vereinheitlichung des Beschaffungswesens.

Beschleunigung des Baues eines Bundespolizeidirektionsgebäudes in Wien (mit den dadurch erzielbaren Ersparnissen auf dem Personalsektor in zehn Jahren amortisierbar).

Vereinfachung des Rapportwesens der Polizeiwachstuben.

Vereinfachung des Meldewesens.

Computereinsatz für die Bearbeitung der Kraftfahrzeug- und Meldekartees.

Verstärkung und Vereinheitlichung der Funk- und Kraftfahrzeugausrüstung.

Entlastung von Aufgaben, die zur Zeit von der Exekutive besorgt werden, obwohl hiezu keine gesetzliche Verpflichtung besteht.

An Sofortmaßnahmen werden vorgeschlagen:

- 2 -

Anschließend seien aus einzelnen Ressorts einige Maßnahmen erwähnt, die in diesem Rahmen unmittelbar durchgeführt werden sollten.

Berücksichtigung der Grundsätze der Einfachheit, Verständlichkeit, des erleichterten Parteienverkehrs u. dgl. beim im Rahmen des neuen Meldegesetzes zu verbessernden Meldewesen.

Die neuen Bestimmungen des Paßgesetzes und der Durchführungsverordnung ermöglichen eine raschere und einfachere

Paßausstellung. Es muß nun gesorgt werden, daß in den einzelnen Dienststellen von diesen Erleichterungen voll Gebrauch gemacht wird.

Die Vorgänge bei der Kraftfahrzeuganmeldung sind — unter Berücksichtigung der von den Kraftfahrerverbänden gemachten Vorschläge — zu vereinfachen.

Die Bundesregierung hat laut Pressemeldungen zum Ausdruck gebracht, daß sie sich nicht in allen Belangen mit den Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission identifizieren, sondern daß sie dem Nationalrat ihre eigenen Vorschläge erstatten werde.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang folgende

A n f r a g e :

- 1) Mit welchen der vorerwähnten Vorschläge der Verwaltungsreformkommission stimmen Sie überein?
- 2) Mit welchen Vorschlägen stimmen Sie nicht überein?
- 3) Wann werden Sie dem Nationalrat konkrete Maßnahmen in jenen Belangen vorschlagen, in denen Sie mit der Verwaltungsreformkommission übereinstimmen?
- 4) Welche anderen Vorstellungen haben Sie im einzelnen zu jenen Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission, mit denen Sie nicht übereinstimmen?
- 5) Wann werden Sie solche konkrete Vorschläge dem Nationalrat vorlegen?